

„Nicht jeder, der rein will, kann reinkommen“

CDU-Politiker Thorsten Frei befürwortet neue Regelung der stationären Grenzkontrollen – Auf Schutzbedürftige konzentrieren

Von Benjamin Auber

Heidelberg. Thorsten Frei (50, Foto: dpa) ist Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die RNZ traf ihn am Rande einer CDU-Veranstaltung mit dem Bundestagabgeordneten Alexander Föhr.



> Verlängerte Abschiebehaft, keine angekündigte Abschiebung und kürzere Asylverfahren. Lassen Sie sich zu einem Lob für die Ampel hinreißen?

Das Rückführungsverbesserungsgesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber es ist nur ein ganz kleiner. Die Ampel selbst geht davon aus, dass nur etwa 600 zusätzliche Abschiebungen pro Jahr durch das Gesetz möglich sein werden! Dem stehen rund 280 000 Ausreisepflichtige gegenüber. Das sind nicht die „Abschiebungen im großen Stil“, die Kanzler Olaf Scholz versprochen hat.

> Glauben sie nicht, dass sich die Zahl der Abschiebungen erhöhen wird?

Nur in einem sehr geringen Maße und das bedeutet, dass die Zahl der Asylbewerber kaum gemindert werden kann. Aber ge-

nau das wäre notwendig, wenn man sieht, wie Städte und Gemeinden überlastet sind, wenn etwa 700 000 Wohnungen oder 380 000 Kitaplätze fehlen und 25 000 Lehrstellen nicht besetzt werden können.

> Im Sommer haben Sie das Individualrecht auf Asyl infrage gestellt. Ist es nur möglich durch unrealistische Vorschläge, die Regierung unter Druck zu setzen und zum Handeln zu zwingen?

Ihre Frage enthält eine Unterstellung, die ich nicht teile. Wir müssen weg vom Individualrecht hin zu Kontingentlösungen, weil wir nur auf diese Weise mehr Kontrolle, mehr Begrenzung und im Übrigen auch mehr Humanität ins Asylrecht bringen. In den ersten neun Monaten des Jahres sind 195 000 Menschen aus der Ukraine zu uns gekommen und etwa 240 000 Asylanträge gestellt worden. Das ist eine Zahl, die für die Aufnahmegesellschaft kaum leistbar ist. Wir müssen zudem schauen, dass wir uns auf die wirklich Schutzbedürftigen konzentrieren. Das schafft unser Asylrecht derzeit nicht.

> Welche drei konkreten Vorschläge haben Sie, um die irreguläre Migration in Deutschland einzudämmen?

Ich glaube, dass es mehr als nur drei Ansatzpunkte braucht. Wenn ich mich auf drei kurzfristig wirksame Maßnahmen beschränken müsste, dann wären es die

Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten, der Stopp aller freiwilligen Aufnahmeprogramme und ein wirksamer Grenzschutz, vor allem an den Außengrenzen der EU.

> Wie sollen wir etwa Syrien, Afghanistan, Iran oder die Westsahara zu sicheren Herkunftsstaaten erklären, woher ein Großteil der Migranten stammen?

Sie können nur Länder zu sicheren Herkunftsstaaten erklären, in denen keine Verfolgung stattfindet. Das gilt zum Beispiel für Moldau, Georgien, Tunesien, Marokko, Algerien und Indien. Auch für weitere afrikanische Staaten, aber nicht für die Länder, die sie benannt haben. Deswegen kann die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten immer nur ein Teil der Lösung sein.

> Gehen stationäre Grenzkontrollen nichts ins Leere, wenn wir fast niemanden der Grenze abweisen können?

An der deutsch-österreichischen Grenze finden seit 2015 stationäre Grenzkontrollen statt. Im vergangenen Jahr kam es dort zu etwa 15 000 Zurückweisungen. Auch hier gilt: Grenzkontrollen sind nur ein Teil der Lösung, denn Sie haben recht: In vielen Fällen ist eine Zurückweisung unzulässig. Von Grenzkontrollen geht vor allem das Signal aus: Nicht jeder, der rein will, kann reinkommen.

> Lässt sich durch eine Bezahlkarte der Anreiz für die Einreise verringern?

Es gibt zahlreiche Anreize für eine Antragstellung in Deutschland. Insbesondere die Tatsache, dass in Deutschland inzwischen rund 400 000 Afghanen und mehr als eine Million Syrer leben, ist ein starker Pullfaktor für Verwandte und Freunde. Auch die Bezahlkarte ist ein kleiner Teil der Lösung: Wir erleben, dass Asylbewerber Geld in die Herkunftsländer überweisen, um dort Familien zu unterstützen. Darüber hinaus gibt es auch Zahlungen an Schlepperorganisationen. Das wollen wir unterbinden.

> Ist diese Migrationskrise denn tatsächlich so eine Krise?

Deutschland hat in nur zwei Jahren zwei Millionen Ukrainer und Asylbewerber aufgenommen. Würden Sie das nicht als Krise bezeichnen? Alle diese Menschen müssen untergebracht und versorgt werden. Die Leistungen, die von den Kommunen erbracht werden, sind gigantisch. Es ist alles andere als selbstverständlich, dass Städte und Gemeinden das bisher so hervorragend geschafft haben. Doch die Belastungsgrenze ist inzwischen erreicht.

📌 **Info:** Was Thorsten Frei über den Krieg in Nahost denkt und wie weit für ihn die deutsche Staatsräson geht, lesen Sie auf www.rnz.de/politik